

BILDUNGSDIALOG

Sozialpartner/ IV & Bundesministerinnen Dr. Schmied und Dr. Karl 2. Feber 2011

Die traditionelle Zusammenarbeit zwischen den mit Bildung befassten Ministerien und den Sozialpartnern einschließlich der Industriellenvereinigung hat insbesondere in den letzten Jahren dazu beigetragen, Bildungsreformen zu initiieren und zu gestalten.

Die PISA-Bewertung hat unser Schulwesen hart getroffen. Das hat eine Erneuerungsdiskussion unseres gesamten Bildungswesens in Gang gebracht. Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung bekennen sich dazu, dass Österreich seine wirtschaftliche Stärke, seine Attraktivität als Innovationsstandort und damit auch den Wohlstand und sozialen Zusammenhalt nur erhalten kann, wenn im Bereich der Bildung und Qualifizierung weitere Reformschritte gesetzt werden. Die Sozialpartner sind bereit, sich auch weiterhin aktiv in die Bildungsdiskussion einzubringen und an der Ausgestaltung der Konzepte mitzuarbeiten. Ziel muss sein, dass es zu einem Schulterschluss aller sach- und reformorientierten Kräfte kommt. Für den Wirtschaftsstandort Österreich ist es ganz entscheidend, das Potential und die Talente aller in Österreich lebenden jungen Menschen bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. Wichtig ist in weiterer Folge die Einpassung der gemachten Vorschläge zur Schulreform in ein bildungspolitisches Gesamtkonzept. Nur bei einer ganzheitlichen Betrachtung von frühkindlicher Erziehung, Schule, Berufsbildung, Hochschulbildung und Weiterbildung kann es gelingen, in sich konsistente Politik zu betreiben. Bildungspolitik ist daher auch Standortpolitik. Nicht nur Inhalte sondern auch strukturelle und organisatorische Verbesserungen müssen durch eine in sich konsistente und umfassende Bildungsstrategie vorangetrieben werden.

Folgende Positionen, Vorschläge und bereits eingeleitete Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere der Bundesministerinnen Dr. Schmied beziehungsweise Dr. Karl, werden von den Sozialpartnern und der Industriellenvereinigung unterstützt:

1) PädagogInnenbildung NEU

Die Sozialpartner unterstützen die beiden Ministerinnen darin, die Ausbildung der Pädagogen und Pädagoginnen grundlegend zu reformieren und treten dafür ein, die diesbezüglich bereits gestarteten Arbeiten mit hoher Priorität weiterzuführen. Die Sozialpartner sprechen sich für eine gemeinsame Ausbildung aller Pädagog/-innen (Kindergarten, Schule, Erwachsenenbildung) auf tertiärem Niveau aus, die attraktive berufliche Entwicklungs- und Einsatzmöglichkeiten garantiert.

2) Neues, attraktives Dienst- und Besoldungsrecht für neu eintretende Lehrer/-innen

Der Lehrer/-innenberuf soll durch ein neues und leistungsgerechtes Dienst- und Besoldungsrecht attraktiver gemacht werden. Dies ist angesichts des absehbaren Lehrer/-innenmangels im Zuge anstehender Pensionierungen umso wichtiger. Die Sozialpartner unterstreichen, dass dieses neue Dienst- und Besoldungsrecht für alle Lehrer/-innen bundesweit einheitlich gelten und eine Ausdehnung der Anwesenheit von Lehrer/-innen an der Schule bei verbesserten Arbeitsbedingungen beinhalten soll. Wichtig ist insbesondere die Harmonisierung des Dienst- und Besoldungsrechtes auf Ebene der Sekundarstufe I.

3) Weiterentwicklung der österreichweiten Schulaufsicht in Richtung Qualitätsmanagement und klares Profil für Schulleitung

Das Vorhaben hinsichtlich einer Reform der Schulaufsicht findet die volle Unterstützung der Sozialpartner. Zur Erhöhung der Qualität und der Verbindlichkeit von Bildungszielen bedarf es einer neuen Schulgovernance. Das bedeutet einerseits eine deutliche Stärkung der Eigenverantwortung (Autonomie) des Schulstandortes. Aus Sicht der Sozialpartner betrifft dies insbesondere die Kompetenz, Lehrer und Lehrerinnen zu rekrutieren oder inhaltliche Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. Ebenso wichtig ist andererseits auch die Evaluierung und das Qualitätsmanagement jedes einzelnen Schulstandortes (Trennung von „klassischer Schulaufsicht“). Aus Sicht der Sozialpartner bedarf es der zentralen Vorgabe von Mindeststandards mit klar definierten Mindestlevels, die regelmäßig und extern evaluiert werden.

4) Sprachförderung bereits im Kindergarten

Die Sozialpartner begrüßen den Nationalen Bildungsplan für die Kindergärten. Der Kindergarten soll die Voraussetzungen für den erfolgreichen Schuleintritt schaffen. Das sind insbesondere ausreichende Deutschkenntnisse, um dem Unterricht folgen zu können. Die Sozialpartner fordern die Bundeskompetenz für eine Rahmengesetzgebung bezüglich Qualitätskriterien und Standards.

5) Ausbau Neue Mittelschule

Der Ausbau der Neuen Mittelschule ist für die Sozialpartner eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer besseren Nutzung und Entwicklung der Potenziale der jungen Menschen im Alter von 10 bis 14 Jahren. Durch zwei Lehrer/-innen in Deutsch, Mathematik und Englisch wird ein interessantes Konzept umgesetzt, wie die Individualisierung des Unterrichts und eine Leistungsdifferenzierung in der Klasse konkret erfolgen können. Aus Sicht der Sozialpartner ist eine quantitative Beschränkung dieses Schulversuchs nicht sinnvoll.

Die Sozialpartner treten dafür ein, dass alle notwendigen Schritte insbesondere in Bezug auf eine einheitliche Ausbildung aller Lehrer/-innen auf der Sekundarstufe I sowie einer Reform des Dienst- und Besoldungsrechts in Angriff genommen werden, um so wesentliche Voraussetzungen für eine damit mögliche gemeinsame Schule der 10-14Jährigen mit interner Leistungsdifferenzierung, die jedenfalls eine Qualitätsverbesserung und ein generelles Anheben des Niveaus mit sich bringen muss, zu schaffen. Generell muss das Wissen im Bereich Wirtschaft, Arbeitswelt sowie die Sozialkompetenz der jungen Menschen verbessert werden.

6) Ausbau ganztägige Schulangebote mit verstärkter Förderung

Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung einer stärkeren Potenzialorientierung und Leistungsdifferenzierung liegt auch im flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen, an denen der Unterricht entweder verschränkt erfolgt oder der Nachmittag für Förder- und Zusatzangebote genutzt werden kann. Die Sozialpartner stimmen überein, dass der Ausbau von ganztägigen Schulen bedarfsgerecht und schrittweise erfolgen soll. Kurzfristiges Ziel ist, in jedem Bezirk zumindest eine Volksschule sowie eine Schule der Sekundarstufe I mit ganztägiger Betreuung zu haben. Langfristig sollte es ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen bzw. von Ganztagsbetreuung geben.

7) Einsatz Bildungsstandards mit begleitender Feedback-Kultur in 4. und 8. Schulstufe - Überprüfung Grundkompetenz

Das Vorhaben und die bereits gesetzten Schritte, in der 4. und 8. Schulstufe durch eine schulexterne und regelmäßig Überprüfung von Bildungsstandards ab 2012 eine für Österreich neue Feedbackkultur zu etablieren, findet die volle Unterstützung der Sozialpartner. Die Vorstellungen der Sozialpartner gehen noch einen Schritt weiter. Wie in erfolgreichen Schulsystemen weltweit üblich, sollen die Bildungsstandards zu einer Verbindlichkeit von Bildungszielen und zu einer höheren Verlässlichkeit des Schulsystems beitragen: Die Überprüfung der Bildungsstandards soll flächendeckend und die Auswertung auf individueller Ebene erfolgen. In Kombination mit einer deutlich gestärkten Schulautonomie würden solcherart konzipierte Bildungsstandards ein maßgebliches Element einer neuen Form der Schulgovernance sein.

8) Kleinere Gruppen und Individualisierung im Unterricht

Pädagogisch geht es darum, die Schüler/-innen mit neuer Unterrichtsqualität entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen zu fördern. Daher müssen Lehrer/-innen zum Umgang mit Heterogenität befähigt werden. Dazu sind kleinere Schüler/-innengruppen (Teamteaching durch gut kooperierende und effiziente Lehrer/-innenteams) notwendig und motivierende Formen der Lernerfolgsrückmeldung zu entwickeln. Außerdem sollten am Schulstandort Alternativen zur gegenwärtigen Fächerstruktur durch fächerverbindende, projektartige Unterrichtsformen und eine alternative Zeitorganisation (Auflösung des 50-Minuten-Rhythmus) erarbeitet werden.

9) Studienwahlberatung NEU und Bildungsweg- und Berufsorientierung

Die Sozialpartner begrüßen das Vorhaben, die Studienwahlberatung neu zu regeln. Die Sozialpartner regen an, dass sie aufgrund ihrer Expertise zu den Beratungen über die Eckpunkte der geplanten Verordnung beigezogen werden.

Darüber hinaus begrüßen die Sozialpartner die bereits gesetzten Maßnahmen im Bereich Information, Beratung, Orientierung in der 7. und 8. Schulstufe. Die Sozialpartner sprechen sich dafür aus, Berufsorientierung in der 7. und 8. Schulstufe ausschließlich als verbindliche Übung anzubieten.

10) Österreichisches Modell einer studienplatzbezogenen Finanzierung der Universitäten und Hochschulplan

Die Sozialpartner stimmen damit überein, dass die österreichische Hochschullandschaft mit Hilfe eines „Hochschulplans“ strategisch weiterentwickelt werden muss. Eine entsprechende Expertengruppe wurde vor kurzem eingesetzt und soll Empfehlungen ausarbeiten. Die Sozialpartner treten für eine ehebaldige Einbeziehung ein. Dieser gesamtösterreichische Hochschulplan soll unter Berücksichtigung der jeweiligen Profilbildungen in Kooperation mit den Hochschuleinrichtungen und den Sozialpartnern erstellt werden.

Im Regierungsprogramm sind Vorarbeiten für eine geplante Trennung der Finanzierungsströme für Lehre und Forschung an den Universitäten vorgesehen. Die Sozialpartner unterstützen das Vorhaben, so rasch wie möglich eine fundierte und transparente Grundlage zu schaffen, welche die Ist- und Normkosten für einen Studienplatz darstellbar macht. Zudem sind unterschiedliche Szenarien und Modelle der Studienplatzfinanzierung zu prüfen, um ein für Österreich brauchbares Modell zu entwickeln. Auch hier bieten die Sozialpartner ihre aktive Mitarbeit schon von Anfang an.

11) Qualitätssicherungsinitiative im Hochschulwesen

Die Sozialpartner befürworten die Arbeiten an einem hochschulübergreifenden Rahmengesetz zur externen Qualitätssicherung an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten. Im Hinblick auf die Arbeitsmarktchancen der Absolvent/-innen begrüßen die Sozialpartner das vorgesehene Mitentscheidungsrecht von Vertreter/-innen der Berufspraxis im entsprechenden Beschlussgremium sowie das Nominierungsrecht der Sozialpartnerorganisationen.

12) LLL-Strategie und Kofinanzierungsmodell für das gebührenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen

Die Arbeiten an einer umfassenden Strategie zum LLL sind noch im Gange. Dabei soll auch die Vermittlung von New Skills zur Wettbewerbsfähigkeit und für Chancen auf dem Arbeitsmarkt besonders thematisiert werden. Besonderes Augenmerk ist dabei aus demografischen Gründen auf die Weiterbildungschancen der Generation 45+ zu legen.

Durch den nationalen Qualifikationsrahmen soll die prinzipielle Gleichwertigkeit unterschiedlicher Bildungsbereiche signalisiert und Segmentierungen durchbrochen werden. Dabei soll insbesondere die duale Ausbildung (Lehre) gleichwertig neben der schulischen Ausbildung in der Sekundarstufe 2 stehen.

Die Sozialpartner sehen in der Einrichtung der „Nationalen Plattform für lebensbegleitendes Lernen“ einen wichtigen Schritt in Richtung Prozesssteuerung und fordern Sitz und Stimme in diesem Gremium.

Die Sozialpartner unterstützen die Initiative, für Alphabetisierung und Basisbildung, für das Nachholen des Hauptschulabschlusses und für die Berufsreifeprüfung ein neues Fördermodell zu entwickeln. Ziel ist die gebührenfreie Teilnahme ab 2011 bzw. 2013 (BRP). Der Bund hat seinen Budgetansatz bereits erhöht, um mit dem Programm zeitgerecht starten zu können. Die Sozialpartner fordern die Länder auf, sich definitiv für die erforderliche 50 Prozent-Kofinanzierung zu entscheiden. Die Sozialpartner sprechen sich dafür aus, das Programm auf das gebührenfreie Nachholen eines Lehrabschlusses auszuweiten. In weiterer Folge erachten es die Sozialpartner für notwendig, das Nachholen des Hauptschulabschlusses durch eine grundlegende Lehrplan- und Prüfungsreform erwachsenengerecht zu gestalten.